Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 15. 07. 2011

Antrag

der Bundesregierung

Ausnahme von dem Verbot der Zugehörigkeit zu einem Aufsichtsrat für Mitglieder der Bundesregierung

Abdruck

Eckart von Klaeden, MdB

Staatsminister bei der Bundeskanzlerin

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400-2800 FAX +49 30 18 400-1860

Berlin, 13. Juli 2011

An den Präsidenten des Deutschen Bundestages Herrn Dr. Norbert Lammert, MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 6. Juli 2011 die Entsendung des Bundesministers Dr. Philipp Rösler in den Aufsichtsrat der Russisch-Deutschen Energie-Agentur beschlossen. Dem Inhalt des Gesellschaftsvertrages nach handelt es sich bei der Russisch-Deutschen Energie-Agentur um ein Unternehmen im Sinne des § 5 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung (Bundesministergesetz).

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie hierfür den erforderlichen Bundestagsbeschluss über die Ausnahme nach § 5 Absatz 1 Satz 3 des Bundesministergesetzes in der nächsten Sitzung veranlassen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Eckart von Klaeden

